

***Dieses Dokument dient ausschließlich als Lesehilfe für Ihre individuelle Finanzhilfevereinbarung. Verbindlich gültig ist die von Ihnen und uns unterzeichnete englische Version.***

**VEREINBARUNG über eine FINANZHILFE für ein  
Projekt mit einem Begünstigten im Rahmen des Programms EUROPÄISCHES  
SOLIDARITÄTKORPS<sup>1</sup>**

**VEREINBARUNG NR. – [Generierte Nr.]**

Diese Vereinbarung (im Folgenden „Vereinbarung“) wird zwischen den folgenden Parteien geschlossen:

einerseits

der **nationalen Agentur** (im Folgenden „NA“)

**JUGEND für Europa <sup>2</sup>  
Nationale Agentur  
Erasmus + JUGEND  
Europäisches Solidaritätskorps  
Godesberger Allee 142-148  
D-53175 Bonn  
USt-ID: DE221645351**

zur Unterzeichnung der Vereinbarung ordnungsgemäß vertreten durch [Funktion, Vorname und Nachname],

**und**

andererseits

dem **Begünstigten**

[vollständige offizielle Bezeichnung des Begünstigten]  
[Rechtsform] [falls zutreffend]

<sup>1</sup> Verordnung (EU) 2021/888 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Aufstellung des Programms für das Europäische Solidaritätskorps und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2018/1475 und (EU) Nr. 375/2014 (ABl. L 202 vom 8.6.2021, S. 32).

<sup>2</sup> Rechtsträger ist: IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V., VR 3584, Amtsgericht Bonn, Steuer-Nr. 206/5866/0753 Finanzamt Bonn-Außenstadt

[Nummer der Eintragung ins amtliche Register] *[falls zutreffend]*

[vollständige Anschrift]

[Umsatzsteuer-Identifikationsnummer] *[falls zutreffend]*

[OID-Nummer]

**[FÜR FREIWILLIGENPROJEKTE:**

Code des Qualitätssiegels [Nummer des Qualitätssiegels]]

zur Unterzeichnung der Vereinbarung ordnungsgemäß vertreten durch [Funktion, Vorname und Nachname]

Die oben genannten Parteien

## VEREINBAREN

die Besonderen Bedingungen (im Folgenden „die Besonderen Bedingungen“) sowie die folgenden Anhänge:

Anhang I Allgemeine Bedingungen

Anhang II Beschreibung des Projekts; Kostenvoranschlag für das Projekt

Anhang III Finanz- und Vertragsbestimmungen

Anhang IV Geltende Sätze

Anhang V Für Vereinbarungen zwischen dem Begünstigten und Teilnehmern zu verwendende Vorlage

die vollgültiger Bestandteil der Vereinbarung sind.

Die Besonderen Bedingungen haben Vorrang vor den Anhängen der Vereinbarung.

Die Allgemeinen Bedingungen (Anhang I) gehen den übrigen Anhängen vor. Die Bestimmungen des Anhangs III gehen denjenigen der Anhänge II, IV und V vor.

In Anhang II geht der Teil zum Kostenvoranschlag dem Teil zur Projektbeschreibung vor.

## ARTIKEL I.1 – GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

1.1.1 Die NA gewährt nach Maßgabe der Besonderen Bedingungen und der Allgemeinen Bedingungen sowie der übrigen Anhänge der Vereinbarung eine Finanzhilfe für

**[Bei Projekten mit einem Titel:** das Projekt mit dem Titel: **[Projekttitle im Fettdruck einfügen]**

**[Bei Projekten ohne Titel:** das Projekt **[Projektcode im Fettdruck]** gemäß der Beschreibung in Anhang II im Rahmen des Programms Europäisches Solidaritätskorps, Freiwilligenprojekte.

1.1.2 Mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung nimmt der Begünstigte die Finanzhilfe an und verpflichtet sich, das Projekt eigenverantwortlich durchzuführen.

*[NA: ergänzen, wenn der Begünstigte (federführende Einrichtung) über ein Qualitätssiegel verfügt]* [Der Begünstigte kommt den relevanten Qualitätsstandards und allen anderen für das Qualitätssiegel geltenden Anforderungen nach.]

## ARTIKEL I.2 – INKRAFTTRETEN UND DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM DER VEREINBARUNG

1.2.1 Die Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem sie von der letzten Partei unterzeichnet wird.

1.2.2 *Das Projekt* hat eine Laufzeit von [Zahl einfügen] [...] Monaten ab dem [Datum einfügen] [...] und endet am [Datum einfügen] [...].

## ARTIKEL I.3 – HÖCHSTBETRAG UND FORM DER FINANZHILFE

1.3.1 Der Höchstbetrag der Finanzhilfe beläuft sich auf [Betrag einfügen] [...] EUR.

1.3.2 Entsprechend dem Kostenvoranschlag in Anhang II und den in Anhang III genannten förderfähigen Kosten und Finanzbestimmungen erfolgt die Finanzhilfe in Form der Erstattung der förderfähigen Kosten der Maßnahme (im Folgenden „Erstattung der förderfähigen Kosten“). Dies gilt für

- i) tatsächlich angefallene Kosten (im Folgenden „Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten“) für die zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit den außergewöhnlichen Kosten gemäß den in Anhang III genannten anwendbaren Bestimmungen;
- ii) auf der Grundlage von Kosten je Einheit geltend gemachte Kosten gemäß Anhang IV (im Folgenden „Erstattung von Kosten je Einheit“) für die Kostenkategorien im vorstehend genannten Anhang.

## **ARTIKEL I.4 – BERICHTERSTATTUNG UND ZAHLUNGSMODALITÄTEN<sup>3</sup>**

### **I.4.1 Zu leistende Zahlungen**

Die NA leistet folgende Zahlungen an den Begünstigten:

- eine erste Vorfinanzierungszahlung;
- *[NA auswählen, wenn eine weitere Vorfinanzierungszahlung vorgesehen ist]* eine zweite Vorfinanzierungszahlung auf der Grundlage des entsprechenden Antrags gemäß Artikel I.4.3;
- eine Restbetragszahlung auf der Grundlage des Antrags auf Zahlung des Restbetrags nach Artikel I.4.4

### **I.4.2 Vorfinanzierungszahlung[en]**

Mit der Vorfinanzierung soll dem Begünstigten ein Vorschuss gewährt werden. Die Vorfinanzierung bleibt bis zur Restbetragszahlung Eigentum der NA.

#### **Option 1: Eine Vorfinanzierungszahlung in einer Tranche**

Die NA zahlt dem Begünstigten die Vorfinanzierungszahlung in Höhe von **[Betrag einfügen]** EUR innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung, d. h. 80 % des in Artikel I.3.1 genannten Höchstbetrags der Finanzhilfe, außer wenn Artikel II.24 Anwendung findet.

#### **Option 2: Zwei Vorfinanzierungszahlungen mit Zwischenbericht**

Die NA zahlt dem Begünstigten eine erste Vorfinanzierungszahlung in Höhe von **[Betrag einfügen]** EUR innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung, d. h. 40 % des in Artikel I.3.1 genannten Höchstbetrags der Finanzhilfe, außer wenn Artikel II.24.1 Anwendung findet.

Die NA muss binnen 60 Kalendertagen nach dem Eingang des Antrags auf eine zweite Vorfinanzierung nach Artikel I.4.3 eine zweite Vorfinanzierungszahlung in Höhe von **[Betrag**

---

a)

**einfügen**] EUR an den Begünstigten leisten, außer wenn Artikel II.24.1 oder Artikel II.24.2 Anwendung findet.

### **I.4.3 Berichterstattung, Anträge auf Vorfinanzierungszahlungen und Zwischenberichte**

#### **Option 1: Zwei oder mehrere Vorfinanzierungszahlungen mit einem oder zwei Zwischenberichten**

Bis zum **[NA: Datum einfügen (Hälfte der Projektlaufzeit plus 30 Tage)]** legt der Begünstigte einen Antrag auf eine zweite Vorfinanzierungszahlung und einen Zwischenbericht über die Durchführung des Projekts vor, der den Zeitraum vom Beginn der Projektdurchführung gemäß Artikel I.2.2 bis zum **[NA: Datum angeben (Hälfte der Projektlaufzeit)]** abdeckt.

Dem Antrag sind die folgenden Unterlagen beizufügen:

- a) ein Bericht über die Durchführung des Projekts,
- b) eine Erklärung zum Betrag aus der vorherigen Vorfinanzierungstranche, der zur Deckung der Kosten für die Durchführung des Projekts verwendet wurde (im Folgenden „Erklärung zur Verwendung der vorherigen Vorfinanzierungstranche“), und
- c) gegebenenfalls eine finanzielle Garantie.

Wenn die Erklärung zur Verwendung der Vorfinanzierung nach Ende des Berichtszeitraums zeigt, dass weniger als 70 % der vorausgegangenen Vorfinanzierungszahlungen zur Deckung der Kosten des Projekts verwendet wurden, wird die weitere Vorfinanzierung um die Differenz zwischen dem Betrag, der dem Schwellenwert von 70 % entspricht, und dem tatsächlich verwendeten Betrag reduziert.

Unbeschadet der Artikel II.24.1 und II.24.2 und nach Genehmigung des Berichts durch die NA zahlt die NA die weitere Vorfinanzierungszahlung innerhalb von 60 Kalendertagen nach Eingang des Zwischenberichts an den Begünstigten aus.

Dem Antrag sind die folgenden Unterlagen beizufügen:

- a) ein Bericht über die Durchführung des Projekts,
- b) eine Erklärung zum Betrag aus der vorherigen Vorfinanzierungstranche, der zur Deckung der Kosten für die Durchführung des Projekts verwendet wurde (im Folgenden „Erklärung zur Verwendung der vorherigen Vorfinanzierungstranche“), und
- c) gegebenenfalls eine finanzielle Garantie.

Wenn die Erklärung zur Verwendung der Vorfinanzierung nach Ende des Berichtszeitraums zeigt, dass weniger als 70 % der vorausgegangenen Vorfinanzierungszahlungen zur Deckung der Kosten des Projekts verwendet wurden, wird die weitere Vorfinanzierung um die Differenz zwischen dem Betrag, der dem Schwellenwert von 70 % entspricht, und dem tatsächlich verwendeten Betrag reduziert.

Unbeschadet der Artikel II.24.1 und II.24.2 und nach Genehmigung des Berichts durch die NA zahlt die NA die weitere Vorfinanzierungszahlung innerhalb von 60 Kalendertagen nach Eingang des Zwischenberichts an den Begünstigten aus.

#### **Option 2:**

Nicht zutreffend.

#### ***I.4.4 Abschlussbericht und Antrag auf Zahlung des Restbetrags***

Innerhalb von **60** Kalendertagen nach dem Ende der Laufzeit des Projekts gemäß Artikel I.2.2 legt der Begünstigte einen Abschlussbericht über die Durchführung des Projekts unter Verwendung der Berichterstattungstools gemäß Artikel I.10 vor. Im Bericht sind Angaben zum Nachweis der auf der Grundlage von Finanzierungsbeiträgen je Einheit geltend gemachten förderfähigen Kosten, wenn die Finanzhilfe als Finanzierungsbeitrag je Einheit gewährt wird, oder der tatsächlich entstandenen förderfähigen Kosten gemäß Anhang III zu machen.

Der Abschlussbericht dient als Antrag des Begünstigten auf Zahlung des Restbetrags der Finanzhilfe.

Der Begünstigte muss bestätigen, dass die in seinem Antrag auf Restbetragszahlung gemachten Angaben vollständig, zuverlässig und wahrheitsgetreu sind. Er muss ferner versichern, dass die entstandenen Kosten als förderfähig im Sinne der Vereinbarung angesehen werden können und dass der Zahlungsantrag durch geeignete Belege gestützt ist, die bei Überprüfungen oder Prüfungen nach Artikel II.27 vorgelegt werden können.

#### **I.4.5 Abschlusszahlung**

Die Zahlung des Restbetrags dient der Erstattung oder Deckung der verbleibenden förderfähigen Kosten, die dem Begünstigten im Zuge der Durchführung der Maßnahme entstanden sind.

Die NA ermittelt den geschuldeten Restbetrag durch Abzug des Gesamtbetrags der (gegebenenfalls) bereits geleisteten Vorfinanzierungszahlungen von dem gemäß Artikel II.25 bestimmten Endbetrag der Finanzhilfe.

Übersteigt der Gesamtbetrag der vorhergehenden Zahlungen den gemäß Artikel II.25 festgelegten endgültigen Betrag der Finanzhilfe, wird die Differenz gemäß Artikel II.26 eingezogen.

Liegt der Gesamtbetrag der vorhergehenden Zahlungen unter dem gemäß Artikel II.25 festgelegten endgültigen Betrag der Finanzhilfe, so muss die NA den Saldo binnen 60 Kalendertagen nach Eingang der in Artikel I.4.4 genannten Unterlagen begleichen, es sei denn, Artikel II.24.1 oder II.24.2 findet Anwendung.

Die Zahlung erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung des Antrags auf Zahlung des Restbetrags und der beigefügten Unterlagen. Mit deren Genehmigung wird weder die Ordnungsmäßigkeit noch die Authentizität, Vollständigkeit oder Korrektheit ihres Inhalts bestätigt.

Der zu zahlende Betrag kann jedoch ohne Zustimmung des Begünstigten mit einem anderen Betrag, den der Begünstigte der NA schuldet, bis zu dem Höchstbetrag der Finanzhilfe verrechnet werden.

#### **I.4.6 Förmliche Zahlungsmitteilung**

Die NA muss dem Begünstigten eine *förmliche Mitteilung* übermitteln, in der sie

- a) ihn über den geschuldeten Betrag informiert und
- b) in der sie darlegt, ob die Mitteilung eine weitere Vorfinanzierung oder die Zahlung des Restbetrags betrifft.

Handelt es sich um eine Restbetragszahlung, muss die NA auch den nach Artikel II.25 ermittelten endgültigen Betrag der Finanzhilfe angeben.

#### **I.4.7 Zahlungen an den Begünstigten und Verzugszinsen**

Die NA muss Zahlungen an den Begünstigten leisten.

Zahlt die NA nicht innerhalb der Zahlungsfristen, hat der Begünstigte Anspruch auf Verzugszinsen zu dem von der Europäischen Zentralbank (EZB) für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte in Euro angewandten Zinssatz (dem Referenzzinssatz) zuzüglich dreieinhalb Prozentpunkten. Als Referenzzinssatz gilt der im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlichte und am ersten Tag des Fälligkeitsmonats geltende Zinssatz.

Es fallen keine Verzugszinsen an, wenn der Begünstigte ein Mitgliedstaat der Union ist, einschließlich Regional- und Kommunalbehörden und andere öffentlich-rechtliche

Einrichtungen, die für die Zwecke der Vereinbarung im Namen und für Rechnung eines Mitgliedstaats handeln.

Setzt die NA die Zahlungsfrist gemäß Artikel II.24.2 aus oder setzt sie eine tatsächliche Zahlung gemäß Artikel II.24.1 aus, so gilt dies nicht als Zahlungsverzug.

Die Verzugszinsen laufen ab dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Tag bis einschließlich dem Tag der tatsächlichen Zahlung im Sinne des Artikels I.4.11. Die NA lässt bei der Berechnung des endgültigen Betrags der Finanzhilfe im Sinne des Artikels II.25 keine Zinsaufwendungen mit einfließen.

Belaufen sich die berechneten Verzugszinsen auf höchstens 200 EUR, müssen sie dem Begünstigten abweichend von Unterabsatz 1 nur auf Anforderung gezahlt werden; diese Anforderung muss innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der verspäteten Zahlung erfolgen.

#### **I.4.8 Währung der Zahlungen**

Die NA muss Zahlungen in Euro leisten.

#### **I.4.9 Währung der Zahlungsanträge und Umrechnung in Euro**

Zahlungsanträge müssen auf Euro lauten.

Führt der Begünstigte seine Bücher in einer anderen Währung als dem Euro, müssen die in einer anderen Währung angefallenen Kosten auf der Grundlage des für den entsprechenden Berichtszeitraum ermittelten durchschnittlichen Tageswechsellkurses, der im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlicht wird (verfügbar unter <http://www.ecb.europa.eu/stats/exchange/eurofxref/html/index.en.html>).

Wird für die betreffende Währung im *Amtsblatt der Europäischen Union* kein Euro-Tageswechsellkurs veröffentlicht, so muss die Umrechnung zu dem durchschnittlichen für den entsprechenden Berichtszeitraum geltenden monatlichen Buchungskurs erfolgen, der von der Kommission festgelegt und auf ihrer Website ([http://ec.europa.eu/budget/contracts\\_grants/info\\_contracts/infoeuro/infoeuro\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/infoeuro/infoeuro_de.cfm)) veröffentlicht wird.

Der Begünstigte, dessen Finanzbuchführung auf Euro lautet, muss die ihm in einer anderen Währung entstandenen Kosten entsprechend seinen gewöhnlichen Kostenrechnungsverfahren in Euro umrechnen.

#### **I.4.10 Sprache der Zahlungsanträge und Berichte**

Sämtliche Zahlungsanträge und Berichte sind auf Deutsch oder Englisch vorzulegen.



#### **I.4.11 Zahlungsdatum**

Zahlungen durch die NA gelten als an dem Tag geleistet, an dem ihr Bankkonto belastet wird, es sei denn, die nationalen Vorschriften sehen etwas anderes vor.

#### **I.4.12 Überweisungskosten**

Für Überweisungskosten gilt Folgendes:

- a) die NA trägt die von ihrer Bank in Rechnung gestellten Gebühren für eingehende Überweisungen
- b) der Begünstigte trägt die von seiner Bank in Rechnung gestellten Überweisungskosten
- c) alle Kosten im Zusammenhang mit der Wiederholung einer Überweisung werden von der Partei getragen, die die Wiederholung verursacht hat

### **ARTIKEL I.5 – BANKKONTO FÜR ZAHLUNGEN**

Die Zahlungen müssen auf folgendes Konto des Begünstigten erfolgen:

Name der Bank: [...]

Genauere Bezeichnung des Kontoinhabers: [...]

Vollständige Kontonummer (einschließlich der Bankcodes): [...]

[IBAN: [...]]<sup>4</sup>

### **ARTIKEL I.6 – FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHER UND KONTAKTDATEN DER PARTEIEN**

#### **I.6.1 Für die Datenverarbeitung Verantwortlicher**

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche im Sinne des Artikels II.7 ist:

Referatsleitung B4  
Direktion B – Jugend, Bildung und Erasmus+  
Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur  
Europäische Kommission  
1049 Brüssel  
BELGIEN

#### **I.6.2 Kontaktdaten der NA**

---

<sup>4</sup> BIC-Code bzw. SWIFT-Code für die Länder, in denen die IBAN nicht angewandt wird.

Mitteilungen an die NA sind an die folgende Anschrift zu richten:

[Bezeichnung der NA]  
[Postleitzahl, Ort und Land]  
E-Mail: [Funktionsmailbox der NA eintragen]

### **I.6.3 Kontaktdaten des Begünstigten**

Mitteilungen der NA an den Begünstigten sind an die folgende Anschrift zu richten:

**JUGEND für Europa**  
**Nationale Agentur**  
**Erasmus + JUGEND**  
**Europäisches Solidaritätskorps**  
**Godesberger Allee 142-148**  
**D-53175 Bonn**  
E-Mail: [ausfüllen]

## **ARTIKEL I.7 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZUR VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN DURCH DEN BEGÜNSTIGTEN**

### **I.7.1 Berichtspflichten**

Der Begünstigte berichtet im Abschlussbericht über die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um sicherzustellen, dass seine Datenverarbeitungsvorgänge gemäß den Verpflichtungen im Sinne von Artikel II.7.2 der Allgemeinen Bedingungen im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/1725 stehen, und zwar zumindest in Bezug auf folgende Aspekte: Sicherheit der Verarbeitung, Vertraulichkeit der Verarbeitung, Unterstützung des für die Verarbeitung Verantwortlichen, Vorratsdatenspeicherung, Beitrag zu Überprüfungen (einschließlich Inspektionen), Erstellung personenbezogener Datensätze für alle Kategorien von Verarbeitungstätigkeiten, die im Auftrag des für die Verarbeitung Verantwortlichen durchgeführt werden.

### **I.7.2 Unterrichtung der Teilnehmer über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten**

Der Begünstigte lässt den Teilnehmern die einschlägige Datenschutzerklärung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zukommen, bevor die Daten in den elektronischen Systemen für die Verwaltung der Mobilitätsaktivitäten des Europäischen Solidaritätskorps erfasst werden.

## **ARTIKEL I.8 – SCHUTZ UND SICHERHEIT DER TEILNEHMER**

Der Begünstigte richtet wirksame Verfahren und Vorkehrungen ein, um die Sicherheit und den Schutz der Projektteilnehmer zu gewährleisten.

#### **[FÜR FREIWILLIGENPROJEKTE:**

Der Begünstigte stellt sicher, dass alle Teilnehmer für die in Anhang II vorgesehenen Aktivitäten über einen angemessenen Versicherungsschutz verfügen.

Der Begünstigte stellt sicher, dass alle Teilnehmer von grenzüberschreitenden Aktivitäten während des gesamten Auslandsaufenthalts Versicherungsschutz durch die im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps eingerichtete Versicherung erhalten. ]

### **ARTIKEL I.9 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZU BEREITS BESTEHENDEN RECHTEN UND ZUR NUTZUNG DER ERGEBNISSE (EINSCHLIESSLICH GEWERBLICHER SCHUTZRECHTE UND URHEBERRECHTE)**

Entsprechend Artikel II.9.3 der Allgemeinen Bestimmungen gilt Folgendes: Erstellt der Begünstigte im Rahmen des Projekts Lehr-/Schulungsmaterial, so muss dieses Material kostenlos und mit offenen Lizenzen<sup>5</sup> im Internet bereitgestellt werden.

Unterliegen Materialien oder Dokumente immateriellen Rechten oder Rechten Dritter (einschließlich der Rechte des geistigen Eigentums oder der Rechte natürlicher Personen am eigenen Bild und der Stimme), so müssen die Begünstigten dafür Sorge tragen, dass sie ihren Verpflichtungen gemäß Artikel II.9.2 der Allgemeinen Bedingungen nachkommen, insbesondere durch Einholung der erforderlichen Lizenzen und Genehmigungen von den betroffenen Rechteinhabern.

Der Begünstigte muss sicherstellen, dass die verwendete Internetadresse gültig und aktuell ist. Wird das Hosting der Website eingestellt, muss der Begünstigte die Website aus dem Registrierungssystem für Organisationen löschen, um das Risiko zu vermeiden, dass die Domain von einer anderen Partei übernommen und auf andere Websites umgeleitet wird.

### **ARTIKEL I.10 – VERWENDUNG VON IT-TOOLS**

#### ***I.10.1 Berichterstattungs- und Verwaltungstool des Europäischen Solidaritätskorps (Modul für Begünstigte)***

Der Begünstigte muss das webbasierte Berichterstattungs- und Verwaltungstool der Europäischen Kommission nutzen, um alle Informationen im Zusammenhang mit den im Rahmen des Projekts durchgeführten Maßnahmen (einschließlich Aktivitäten, die nicht direkt durch eine Finanzhilfe aus EU-Mitteln gefördert wurden) zu erfassen und den/die

---

<sup>5</sup> Mit der offenen Lizenz gewährt der Urheber eines Werks anderen das Recht zur Nutzung der Ressource. Es gibt verschiedene offene Lizenzen, die sich je nach Umfang der gewährten Rechte bzw. der auferlegten Beschränkungen unterscheiden, und der Begünstigte kann die spezifische Lizenz für sein Werk frei wählen. Für jede erstellte Ressource ist eine offene Lizenz zu erteilen. Eine offene Lizenz ist keine Übertragung von Urheberrechten oder von Rechten des geistigen Eigentums.

Fortschrittsbericht(e), den Zwischenbericht (sofern im Berichterstattungs- und Verwaltungstool des Europäischen Solidaritätskorps verfügbar und für die in Artikel I.4.3 genannten Fälle) sowie den Abschlussbericht zu erstellen und einzureichen.

Der Begünstigte gibt die Informationen zu den Teilnehmern und den Aktivitäten unmittelbar der Auswahl der Teilnehmer ein, spätestens jedoch 2 Wochen bevor die Teilnehmer mit der Aktivität beginnen.

Mindestens einmal monatlich während der Laufzeit des Projekts gibt der Begünstigte etwaige neue Informationen zu den Teilnehmern und den Aktivitäten in das Berichterstattungs- und -Verwaltungstool des Europäischen Solidaritätskorps ein bzw. aktualisiert die vorhandenen Informationen.

### ***I.10.2 European Solidarity Corps Project Results Platform***

Der Begünstigte kann die European Solidarity Corps Project Results Platform (<https://europa.eu/youth/solidarity/projects/>) nutzen, um die Projektergebnisse bekanntzumachen; hierbei sind die auf der Plattform verfügbaren Anweisungen zu beachten.

**[FÜR FREIWILLIGENPROJEKTE:**

### ***I.10.3 Portal des Europäischen Solidaritätskorps***

Der Begünstigte wählt seine Teilnehmer auf dem Portal des Europäischen Solidaritätskorps aus, indem er über das „Placement Administration and Support System“ (PASS) ein Angebot einreicht.]

## **ARTIKEL I.11 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZUR VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN**

Abweichend von Artikel II.11.1 Buchstabe c und Buchstabe d Ziffer i gelten die dortigen Bestimmungen nicht.

## **ARTIKEL I.12 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR SICHTBARKEIT DER FINANZIERUNG DURCH DIE UNION**

Ergänzend zu Artikel II.8 verweist der Begünstigte in sämtlichem Kommunikations- und Werbematerial einschließlich Websites und sozialen Medien auf die Förderung durch das Programm Europäisches Solidaritätskorps. Die entsprechenden Leitlinien für den Begünstigten und beteiligte Dritte sind verfügbar unter [https://ec.europa.eu/info/resources-partners/european-commission-visual-identity\\_en](https://ec.europa.eu/info/resources-partners/european-commission-visual-identity_en).

## **ARTIKEL I.13 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZUR UNTERSTÜTZUNG VON TEILNEHMERN**

In Bezug auf Artikel II.12 der Allgemeinen Bedingungen gilt: Wenn der Begünstigte während der Durchführung des Projekts Teilnehmern Unterstützung gewähren muss, erfolgt dies gemäß den Bedingungen in Anhang II und Anhang IV.

Der Begünstigte muss

- die finanzielle Unterstützung für die Kostenkategorien Taschengeld vollständig an die jungen Teilnehmer weitergeben, wofür die in Anhang IV festgelegten Sätze für Finanzierungsbeiträge je Einheit anzuwenden sind;

und

- entweder die finanzielle Unterstützung für die Kostenkategorien [NA: entsprechende Kostenkategorien je nach Maßnahme auswählen: „Reisekosten“ und „Unterstützung beim Fremdsprachenerwerb“] vollständig an die Teilnehmer von Projektaktivitäten weitergeben, wofür die in Anhang IV festgelegten Sätze für Finanzierungsbeiträge je Einheit anzuwenden sind,
- oder die Unterstützung für die Kostenkategorien [NA: entsprechende Kostenkategorien je nach Maßnahme auswählen: „Reisekosten“ und „Unterstützung beim Fremdsprachenerwerb“] für die Teilnehmer von Projektaktivitäten in Form der benötigten Waren und Dienstleistungen bereitstellen. In diesem Fall muss der Begünstigte sicherstellen, dass die bereitgestellten Waren und Dienstleistungen den einschlägigen Qualitäts- und Sicherheitsstandards entsprechen.

Der Begünstigte kann die im vorherigen Absatz genannten Optionen kombinieren, sofern eine faire und gleiche Behandlung aller Teilnehmer gewährleistet ist. In diesem Fall müssen die für jede betreffende Option geltenden Bedingungen auf die Kostenkategorien angewandt werden, für die die jeweilige Option verwendet wird.

#### **ARTIKEL I.14 – BEREITSTELLUNG VON INKLUSIONSUNTERSTÜTZUNG FÜR TEILNEHMER MIT GERINGEREN CHANCEN**

Nicht zutreffend.

#### **ARTIKEL I.15 – BESONDERE BESTIMMUNGEN ZU MITTELÜBERTRAGUNGEN**

Abweichend von Artikel II.22 der Allgemeinen Bedingungen ist der Begünstigte berechtigt, Mittelübertragungen zwischen den verschiedenen Kostenkategorien vorzunehmen, die zu einer Änderung des Kostenvoranschlags und der verbundenen Aktivitäten gemäß Anhang II führen, ohne eine Änderung der Vereinbarung zu beantragen, sofern folgende Bedingung erfüllt ist:

- das Projekt wird entsprechend dem genehmigten Projektantrag und den in Anhang II genannten allgemeinen Projektzielen durchgeführt,

- es werden die folgenden spezifischen Regeln eingehalten:

**[FÜR FREIWILLIGENPROJEKTE:**

Der Begünstigte verwaltet seine Finanzhilfe im Hinblick auf die Durchführung der in Anhang II definierten Zielaktivitäten und unter uneingeschränkter Einhaltung der Finanzierungsregeln gemäß Anhang IV. Für Mittelübertragungen von der Kostenkategorie „außergewöhnlichen Kosten für die Unterstützung der Beteiligung junger Menschen mit geringeren Chancen“ auf eine andere Kostenkategorie ist eine Änderung erforderlich.]

**[FÜR SOLIDARITÄTSPROJEKTE:**

Der Begünstigte ist berechtigt, bis zu 15 % der für die Kostenkategorie „außergewöhnliche Kosten“ vorgesehenen Mittel auf jede andere Kostenkategorie zu übertragen.]

**ARTIKEL I.16 – ÄNDERUNG DER ZUSAMMENSETZUNG DER GRUPPE JUNGER MENSCHEN IN ANHANG II****[FÜR FREIWILLIGENPROJEKTE:**

Nicht zutreffend.

**[FÜR SOLIDARITÄTSPROJEKTE:**

Der Begünstigte kann die Zusammensetzung der Gruppe junger Menschen gemäß Anhang II ohne Änderungsantrag ändern, sofern mindestens 50 % der ursprünglichen Teilnehmer mit den in Anhang II vorgesehenen identisch sind und die Gruppe während der gesamten Laufzeit des Projekts weiterhin die ursprünglichen Förderkriterien erfüllt.

**ARTIKEL I.17 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZU ÜBERWACHUNG UND BEWERTUNG****[FÜR FREIWILLIGENPROJEKTE:**

Die NA überwacht die Umsetzung der Anforderungen des Qualitätssiegels durch die federführende Einrichtung gemäß den Bestimmungen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, auf deren Grundlage das Qualitätssiegel an die federführende Einrichtung vergeben wurde.

Falls bei dieser Überwachung Schwächen zutage treten, erteilt die NA Empfehlungen und/oder verbindliche Anweisungen, um Abhilfe zu schaffen. Bei Bedarf kann die NA weitere Abhilfemaßnahmen im Sinne der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ergreifen, auf deren Grundlage das Qualitätssiegel an die federführende Einrichtung vergeben wurde.]

**[FÜR SOLIDARITÄTSPROJEKTE:** Nicht zutreffend.]

## **ARTIKEL I.18 – YOUTHPASS-ZERTIFIKATE, TEILNAHMEBESCHEINIGUNG**

**I.18.1** Der Begünstigte unterrichtet die Projektteilnehmer darüber, dass sie Anspruch auf Unterstützung während des Youthpass-Verfahrens und Ausstellung eines Youthpass-Zertifikats haben.

**[FÜR FREIWILLIGENPROJEKTE:**

**I.18.2** Der Begünstigte sollte die Projektteilnehmer bei der Bewertung ihrer erworbenen nichtformalen Lernerfahrungen unterstützen und ist verpflichtet, jedem Teilnehmer auf dessen Verlangen am Ende der Maßnahme ein Youthpass-Zertifikat auszustellen.]

**I.18.3** Unbeschadet dieser Bestimmungen stellt der Begünstigte allen Teilnehmern am Ende der Aktivität eine Teilnahmebescheinigung aus.

## **ARTIKEL I.21 – SPEZIFISCHE AUSNAHMEN VON ANHANG I (ALLGEMEINE BEDINGUNGEN)**

Für die Zwecke dieser Vereinbarung sind in Anhang I (Allgemeine Bedingungen) Bezugnahmen auf die „Kommission“ als Bezugnahmen auf die „NA“ zu verstehen; Bezugnahmen auf die „Maßnahme“ sind als Bezugnahmen auf das „Projekt“ zu verstehen,

Für die Zwecke dieser Vereinbarung und sofern nichts anderes bestimmt ist, ist in Anhang I (Allgemeine Bedingungen) der Begriff „Finanzaufstellung“ als „Finanzteil des Abschlussberichts“ zu verstehen.

In Artikel II.4.1, Artikel II.8.2, Artikel II.27.1, Artikel II.27.3, Artikel II.27.4 Absatz 1, Artikel II.27.8 Absatz 1 und Artikel II.27.9 sind die Bezugnahmen auf die „Kommission“ als Bezugnahmen auf „die NA und die Kommission“ zu verstehen.

In Artikel II.12 ist der Begriff „finanzielle Unterstützung“ als „Unterstützung“ zu verstehen, und der Begriff „Dritte“ ist als „Teilnehmer“ zu verstehen.

Folgende Bestimmungen des Anhangs I (Allgemeine Bedingungen) gelten für die Zwecke dieser Vereinbarung nicht: Artikel II.2 Buchstabe d Ziffer ii, Artikel II.12.2, Artikel II.13.4 und Artikel II.25.3 Buchstabe a Ziffer ii.

In Artikel II.9.3 erhalten der Titel und Absatz 1 Buchstabe a folgende Fassung:

### **„II.9.3 Nutzung der Ergebnisse und der bereits bestehenden Rechte durch die NA und die Union**

Der Begünstigte räumt der NA und der Union die folgenden Rechte zur Nutzung der Ergebnisse des Projekts ein:

a) Nutzung für eigene Zwecke, insbesondere Bereitstellung für Personen, die für die Kommission, für Organe, Agenturen und Einrichtungen der Union arbeiten, Bereitstellung für Behörden der Mitgliedstaaten sowie vollständiges oder teilweises Kopieren und Vervielfältigen in unbeschränkter Zahl.“

Im restlichen Wortlaut dieses Artikels sind Bezugnahmen auf „die Union“ als Bezugnahmen auf „die NA und/oder die Union“ zu verstehen.

Artikel II.10.1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Begünstigte muss sicherstellen, dass die NA, die Kommission, der Europäische Rechnungshof (EuRH) und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ihre Rechte gemäß Artikel II.27 auch gegenüber den Auftragnehmern des Begünstigten ausüben können.“

Artikel II.18 erhält folgende Fassung:

„**II.18.1** Die Vereinbarung unterliegt dem geltenden Unionsrecht und erforderlichenfalls subsidiär dem Deutschen Recht.

**II.18.2** Für alle Streitigkeiten zwischen der NA und einem Begünstigten über Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit der Vereinbarung, die nicht gütlich beigelegt werden können, ist allein das gemäß dem anwendbaren nationalen Recht bestimmte Gericht zuständig.

In Bezug auf Artikel II.19.1: Die Bedingungen für die Förderfähigkeit von Kosten werden durch Anhang III Abschnitte I.1 und II.1 ergänzt.

In Bezug auf Artikel II.20: Die Bedingungen für die Feststellbarkeit und Nachprüfbarkeit der geltend gemachten Beträge werden durch Anhang III Abschnitte I.2 und II.2 ergänzt.

Artikel II.23 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) er auch innerhalb von 30 weiteren Kalendertagen, nachdem er dazu schriftlich von der NA aufgefordert wurde, keinen derartigen Antrag einreicht.“

Artikel II.24.1.3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Während des Zeitraums der Aussetzung von Zahlungen ist der Begünstigte nicht berechtigt, Zahlungsanträge und Belege gemäß den Artikeln I.4.3 und I.4.4 einzureichen.“

In Bezug auf Artikel II.25.4: Die Bedingungen für Kürzungen wegen nicht ordnungsgemäßer Durchführung, Unregelmäßigkeiten, Betrugs oder Pflichtverletzungen werden durch Anhang III Abschnitt IV ergänzt.

Artikel II.26.2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:



„Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb der in der Zahlungsaufforderung gesetzten Frist, zieht die NA den geschuldeten Betrag ein, indem sie

- a) [...] Gegen diese Verrechnung kann vor dem nach Artikel II.18.2 zuständigen Gericht Klage erhoben werden;

[...]

- c) nach Maßgabe des Artikels II.18.2 oder der Besonderen Bedingungen gerichtliche Schritte einleitet.“

Artikel II.27.2 erhält folgende Fassung:

„[...] Die Aufbewahrungsfristen in den Unterabsätzen 1 und 2 verlängern sich, wenn im nationalen Recht längere Fristen vorgesehen sind, sowie bei noch nicht abgeschlossenen Prüfungen, Rechtsbehelfsverfahren und Rechtsstreitigkeiten oder Verfahren zur Verfolgung von Ansprüchen im Zusammenhang mit der Finanzhilfe, einschließlich in Fällen nach Artikel II.27.7. In den zuletzt genannten Fällen muss der Begünstigte die Unterlagen so lange aufbewahren, bis die betreffenden Vorgänge erledigt sind.“

## UNTERSCHRIFTEN

Für den Begünstigten  
[*Funktion*/Vorname/Nachname]

Für die NA  
[Vorname/Name]

[Unterschrift]  
[Ort], den [Datum]

[Unterschrift]  
[Ort], den [Datum]